

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
1. Abschnitt: Die Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	1
2. Abschnitt: Erfassen der Aufgabe	2
A. Aktenvollständigkeit	2
B. Bearbeitervermerk	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis	3
D. Feststellung des Beschuldigten	3
2. Teil: Das Gutachten	5
1. Abschnitt: Das materiell-rechtliche Gutachten (A-Gutachten)	5
A. Bildung von Tatkomplexen	5
B. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten	5
C. Vorauswahl der Strafgesetze	6
D. Reihenfolge der Deliktsprüfung	6
2. Abschnitt: Zur Prüfung der jeweils im Einzelfall in Betracht kommenden Delikte	7
A. Prüfung der Verdachtsgrade	7
B. Einleitungssatz	9
C. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse	10
I. Strafantrag oder besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	10
1. Strafantrag	10
a) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts	10
b) Vorliegen eines Strafantrages	11
c) Antragsberechtigung	11
d) Form und Frist	11
2. Bejahung des besonderen öffentlichen Strafverfolgungsinteresses	12
II. Verjährung	13
1. Ermittlung der Verjährungsfrist	14
2. Verjährungsbeginn	14
3. Verschiebung des Verjährungseintritts:	
Ruhen oder Unterbrechung der Verjährung	14
III. Tod des Beschuldigten	15
IV. Strafunmündige	16
V. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung	
für die Strafverfolgung	16
1. Sperrwirkungsfähige Entscheidungen	16
a) Umfassende Sperrwirkung	16
b) Sperrwirkung nur für die erneute Verfolgung der Tat	
als Vergehen oder Ordnungswidrigkeit	17
c) Beschränkte Sperrwirkung, soweit keine neuen Tatsachen	
oder Beweismittel vorliegen	17
d) Keine Sperrwirkung für erneute Strafverfolgung	17
2. Persönliche Reichweite der Sperrwirkung	18
3. Prozessuale Tatidentität	18
VI. Sonstige Verfahrenshindernisse	20
D. Prüfung und Darstellung der materiell-rechtlichen Merkmale	20
I. Allgemeine Regeln	20
II. Streitstände in Assessorklausuren	21
E. Beweisbarkeit der einzelnen Deliktsmerkmale	23
I. Prüfungsstandort	23
II. Beweisbedürftige Tatsachen	23

III. Beweismittel	24
1. Arten	24
2. Unmittelbarkeitsgrundsatz und Ersetzungsverbot in der staats- anwaltlichen Assessorklausur	25
IV. Beweisverbote	27
1. Systematik	27
a) Arten von Beweisverboten	27
b) Rechtsgrundlagen	28
c) Reichweite	28
d) Widerspruch des Beschuldigten	29
2. Beweisverwertungsfragen in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	29
a) Verwertungsverbote von Äußerungen Beschuldigter	29
aa) Bei Vernehmungen	30
bb) Außerhalb förmlicher Vernehmungen (§ 136 a StPO analog und „Fair trial“)	34
b) Verwertungsverbote bei Zeugenaussagen	35
aa) Keine Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR)	35
bb) Zu erwartende Berufung auf das ZVR in der Hauptverhandlung	36
cc) Keine Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht (AVR)	39
dd) Verbotene Vernehmungsmethoden	39
ee) Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungsverbote gegenüber zeugnisverweigerungs- berechtigten Personen	39
c) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangsmitteln	40
aa) Körperliche Untersuchungen von Beschuldigten und Zeugen, §§ 81 a, 81 c StPO	40
bb) Durchsuchung, §§ 102 ff., und Beschlagnahme, §§ 94 ff. StPO	41
cc) Überwachung des Fernmeldeverkehrs, §§ 100 a ff. StPO, Abhören in und außerhalb der Wohnung, §§ 100 c ff., 100 f. StPO	43
d) Verbot negativer Schlüsse	43
aa) Aussageverhalten Beschuldigter	44
bb) Aussageverhalten von Zeugen	45
V. Beweiswürdigung	45
1. Einfache Beweiswürdigungen	46
a) Der Beschuldigte ist geständig und seine Einlassung steht im Einklang mit den vorhandenen Beweismitteln	46
b) Der Beschuldigte lässt sich nicht zur Sache ein oder bestreitet den Tatvorwurf und Beweismittel fehlen oder sind unergiebig	46
2. Fälle mit komplexen Beweiswürdigungen	47
a) Zu den einzelnen Beweismitteln	47
aa) Abstrakte Zuverlässigkeit der Beweismittel	47
bb) Gegenstand der Beweiswürdigung bei Angaben von Beschuldigten und Zeugen	48
b) Gesamtbewertung	50
VI. Die strafrechtlichen Zweifelsregeln	52
1. In dubio pro reo	52
2. Postpendenz	54
3. Tatsachenalternativität (unechte oder auch gleichartige Wahlfeststellung)	54
4. Echte (ungleichartige) Wahlfeststellung	55
F. Konkurrenzen, Ergebnis der materiellen Prüfung und für die Abschlussverfügung relevante Rechtsfolgen der Tat	57
I. Konkurrenzen und Gesamtergebnis	57
II. Für die Abschlussverfügung relevante Rechtsfolgen der Tat	57

1. Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	58
2. Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	59
a) Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 74 ff. StGB	59
b) Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 73 ff. StGB	60
3. Abschnitt: Das verfahrensrechtliche Gutachten (B-Gutachten)	61
A. Für das B-Gutachten relevante Einstellungsfragen im Zusammenhang mit der (Teil-)Einstellung des Verfahrens	61
I. (Teil-)Einstellung nach § 154 f StPO	62
II. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	63
1. Selbstständige prozessuale Tat	64
a) Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat	64
b) Kein hinreichender Tatverdacht für eine von mehreren prozessualen Taten	65
2. Einstellungsbescheid und Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren, §§ 171 f. StPO	66
a) Einstellungsbescheid	66
b) Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren	66
aa) Begriff des Verletzten	66
bb) Privatklagedelikte und Klageerzwingungsverfahren	67
3. Einstellungsnachricht	67
4. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)	67
5. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen	67
III. Besonderheiten der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten	68
1. Privatklagedelikte	68
2. Prozessvoraussetzung, § 376 StPO	68
a) Begriff des öffentlichen Interesses	68
b) Officialverfahren bei Vorliegen des öffentlichen Interesses	69
c) Privatklageverfahren bei Nichtvorliegen des öffentlichen Interesses	69
d) Jugendliche und Heranwachsende	70
3. Privatklagedelikte und Officialdelikte in einer prozessualen Tat	70
a) Keine Verfahrensaufspaltung	70
b) Privatklagedelikte und Officialdelikte ohne Verletzteneigenschaft in einer prozessualen Tat	71
4. Mehrere prozessuale Taten	71
B. Im B-Gutachten relevante Fragestellungen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung	72
I. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag	72
II. Bestimmung des zuständigen Gerichts	73
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	73
a) Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte erster Instanz	73
b) Zuständigkeit der Jugendgerichte erster Instanz	74
2. Örtliche Zuständigkeit	75
a) Verfahren gegen Erwachsene	75
b) Verfahren gegen Jugendliche	75
III. Beiordnung eines Pflichtverteidigers	76
IV. Untersuchungshaft bei noch nicht inhaftierten Beschuldigten	78
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO (ohne Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls)	78
2. Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls	79

V. Bereits inhaftierter Beschuldigter	80
VI. Antrag auf vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	83
VII. Antrag auf Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten nach §§ 111 b ff. StGB, die Herausgabe beweglicher Sachen gemäß § 111 n StGB und das Absehen von der Einziehung nach § 421 StPO	84
VIII. Mitteilungspflichten	85
IX. Fristen	86
3. Teil: Die Praxisentscheidung der Staatsanwaltschaft	87
1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung	87
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen	87
I. Formale Erfordernisse	87
II. Verfügungsinhalte	87
1. Vermerke	87
2. Entscheidungen	88
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen	88
4. Anordnungen	88
5. Bescheide und Schreiben	88
B. Inhalt und Form	88
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154 f StPO	88
II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	90
1. Einstellungsbescheid	90
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland	90
3. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg	92
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung)	93
I. Inhalt der Begleitverfügung	93
1. Einleitungsvermerk	93
2. Abschluss der Ermittlungen	93
3. Beschränkungen der Anklageschrift	93
4. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift	94
5. Entwurf und Überstück der Anklageschrift	94
6. Ablichtung des Bundeszentralregisterauszugs zu den Handakten	94
7. Mitteilungen nach der MiStra	94
8. „U.m.A.“	94
9. Zusätzliche Anträge	94
10. Wiedervorlagefrist	95
II. Muster einer Begleitverfügung	95
1. Typische Begleitverfügung	95
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung	96
a) Begleitverfügung in Norddeutschland	96
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern	97
c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg	98
2. Abschnitt: Die Anklageschrift	98
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung	98
I. Umgrenzungsfunktion	98
II. Informationsfunktion	98
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung	98
B. Form und Inhalt	99
I. Anklagesatz	99
1. Kopf der Anklageschrift	100

2. Adressat der Anklage	100
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“	100
4. „Rubrum“	100
a) Angaben zur Person	101
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung	102
c) Benennung des Verteidigers	103
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“	103
6. Bezeichnung der Tat	103
a) Tatzeit und Tatort	103
b) Deliktsübergreifende Angaben	105
aa) Reifegrad jedes Angeschuldigten	105
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung	105
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung	106
d) Konkurrenzen	107
7. Gesetzliche Merkmale der Tat	109
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale	109
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils	110
aa) Versuch, § 22 StGB	110
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB	111
cc) Versuch der Beteiligung, § 30 StGB	111
dd) Unterlassen, § 13 StGB	112
c) Die einschlägigen Bestimmungen des Besonderen Teils	112
aa) Qualifikationstatbestände	112
bb) Regelbeispiele	112
cc) Vorsatz und Fahrlässigkeitsvarianten desselben Delikts	113
dd) Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale	113
ee) Anschlussdelikte und Vollrausch	114
ff) Rechtsfolgennormen	114
8. Die Konkretisierung	116
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB	117
b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr, § 316 StGB, und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	117
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten	118
d) § 223 StGB und § 229 StGB	118
9. Angabe der verletzten Strafgesetze	119
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	120
II. Beweismittel	121
1. Angaben des Angeschuldigten, ggf. auch von Mitangeschuldigten	121
2. Zeugen	122
3. Sachverständige	122
4. Urkunden	123
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“)	123
6. Beiakten	123
III. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	124
1. Zur Person	125
2. Zur Sache	126
IV. Der Antrag	128
V. Unterschrift	128
C. Besonderheiten der Anklageschrift in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg.....	130

4. Teil: Endkontrolle	136
5. Teil: Besondere Aufgabenstellungen	141
1. Abschnitt: Der Strafbefehl	141
A. Die Prüfung im verfahrensrechtlichen Gutachten	141
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen	141
1. Anwendung allgemeinen Strafrechts	141
2. Vergehen, die zur Zuständigkeit des Strafrichters gehören, § 25 GVG	141
3. Rechtsfolgen des § 407 Abs. 2 StPO	141
4. Nichterforderlichkeit der Hauptverhandlung	142
II. Bestimmung der Rechtsfolge und Kostenentscheidung	142
III. Ergänzende Prüfungspunkte im verfahrensrechtlichen Gutachten	142
B. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls nach § 407 StPO	143
I. Die Abschlussverfügung	143
II. Form und Inhalt der Strafbefehls	144
2. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls	146
A. A-Gutachten	146
I. Dringender Tatverdacht	146
II. Haftgründe	147
1. Flucht, § 112 Abs. 2 Ziff. 1 StPO	147
2. Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 2 StPO	147
3. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 3 StPO	148
4. Schwerkriminalität, § 112 Abs. 3 StPO	148
5. Wiederholungsgefahr, § 112 a StPO	149
III. Verhältnismäßigkeit, § 112 Abs. 1 S. 2 StPO	149
B. B-Gutachten	149
C. Form und Inhalt des Antrags auf Erlass eines Haftbefehls	150
3. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses, §§ 102, 103, 105 StPO	152
A. A-Gutachten	153
I. Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat	153
II. Auffindungsvermutung	153
III. Verhältnismäßigkeit	154
B. B-Gutachten	154
C. Inhalt und Form des Antrages auf Erlass eines Durchsuchungs- beschlusses	155
Stichwortverzeichnis	159